



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 30. August 2012
(OR. en)**

13259/12

FIN 613

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Herr Janusz LEWANDOWSKI, Mitglied der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	29. August 2012
Empfänger:	Herr Vassos SHIARLY, Präsident des Rates der Europäischen Union
Betr.:	Mittelübertragung Nr. DEC 25/2012 innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für 2012

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Kommissionsdokument DEC 15/2012

Anl.: DEC 25/2012



BRÜSSEL, DEN 29/08/2012

GESAMTHAUSHALTSPLAN – HAUSHALTSJAHR 2012
EINZELPLAN III - KOMMISSION TITEL 19, 23, 40

MITTELÜBERTRAGUNG Nr. **DEC 25/2012**

EUR

HERKUNFT DER MITTEL

KAPITEL – 19 08 Europäische Nachbarschaftspolitik und Beziehungen zu Russland		
POSTEN – 19 08 01 01 Finanzielle Zusammenarbeit mit Mittelmeerländern im Rahmen der Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik		
	Verpflichtungen	- 11 361 400
 KAPITEL – 23 03 Finanzierungsinstrument für den Katastrophenschutz		
ARTIKEL – 23 03 06 Katastrophenschutz Einsätze in Drittländern		
	Verpflichtungen	- 4 000 000
 KAPITEL – 40 02 Reserve für Finanzinterventionen		
ARTIKEL – 40 02 42 Soforthilfereserve		
	Verpflichtungen	- 79 638 600
	Zahlungen	- 64 000 000

BESTIMMUNG DER MITTEL

KAPITEL – 23 02 Humanitäre Hilfe, einschließlich Hilfe für entwurzelte Bevölkerungsgruppen, Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge		
ARTIKEL – 23 02 01 Humanitäre Hilfe		
	Verpflichtungen	80 000 000
	Zahlungen	52 000 000
 ARTIKEL – 23 02 02 Nahrungsmittelhilfe		
	Verpflichtungen	15 000 000
	Zahlungen	12 000 000

Mit Stand 17. August 2012 betrug die Gesamtausführungsrate bei den Mitteln für Verpflichtungen der Haushaltslinien für humanitäre Hilfe (Kapitel 23 02) 97,4 %.

Diese hohe Ausführungsrate stimmt mit der operativen Strategie und der Haushaltsplanung der Kommission für 2012 überein, die dem Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments (DEVE) und der Arbeitsgruppe „Humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe“ (COHAFA) des Rates vorgestellt worden waren. Auf der Grundlage ihrer Bedarfsbewertung für den humanitären Bereich legt die Kommission für anhaltende Krisen eine vorläufige Mittelzuweisung pro Land für das kommende Jahr fest. Gemäß den Leitlinien des Rates und des Europäischen Parlaments werden mindestens 15 % der ursprünglich eingestellten operativen Mittel nicht zugewiesen, um reagieren zu können, wenn sich Prioritäten ändern oder sich ein neuer Bedarf abzeichnet.

Dieser nicht zuzuweisende Betrag der ursprünglichen operativen Reserve wurde zunächst auf 152 Mio. EUR festgesetzt. Die Mittel für humanitäre Hilfe wurden zusätzlich wie folgt aufgestockt: um 65 Mio. EUR (aus der Soforthilfereserve) für Interventionen in der Sahelzone, um 80 Mio. EUR (19 Mio. EUR aus der Soforthilfereserve und 61 Mio. EUR mittels Umschichtung innerhalb der Rubrik 4) für Interventionen in Sudan, Südsudan, Syrien und Jemen.

Die Mittel der operativen Reserve sowie der Aufstockung (297 Mio. EUR) sind für die folgenden neuen oder sich verschlimmernden Katastrophen verwendet worden:

- 90 Mio. EUR für die Sahelkrise für Nahrungsmittelhilfe infolge der anhaltenden Dürre;
- 40 Mio. EUR für von der Gewalt in Syrien betroffene Menschen;
- 25 Mio. EUR für Jemen, insbesondere für Binnenvertriebene im Süden und akut unterernährte Kinder;
- 20 Mio. EUR für die Bewältigung der Folgen des Monsuns 2011 und des Konflikts in Pakistan;
- 40 Mio. EUR für humanitäre Hilfe zur Bewältigung der Folgen der Auseinandersetzungen zwischen Sudan und Südsudan und der Verschärfung interner Konflikte in beiden Ländern;
- 48 Mio. EUR für Maßnahmen infolge anderer Naturkatastrophen oder sich verschlimmernder Krisen, etwa infolge der Überschwemmungen in Südostasien 2011 und der unsicheren Nahrungsmittelversorgung in Äthiopien.

Derzeit beläuft sich der nicht zugewiesene Betrag der operativen Reserve, der für weitere Interventionen im Falle neuer oder sich verschlimmernder Krisen zur Verfügung steht, auf 33,5 Mio. EUR.

Die jetzt beantragte Aufstockung um insgesamt 95 Mio. EUR ist für humanitäre Hilfe in folgenden Krisen bestimmt:

Syrien: Die humanitäre Lage verschlechtert sich weiterhin und der Bedarf an humanitärer Hilfe steigt sowohl in Syrien als auch in seinen Nachbarländern (Libanon, Jordanien, Türkei und Irak) rapide an. Die Gewalt nimmt zu und die Kämpfe greifen auf weitere Gebiete über. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) gelangte am 15. Juli zu dem Schluss, dass sich die Auseinandersetzungen in Syrien nun zu einem Bürgerkrieg ausgeweitet haben. Die örtliche Infrastruktur und Dienstleistungen sind erheblich beeinträchtigt. Auch wächst die Bedürftigkeit der palästinensischen Flüchtlinge, die zunehmend in den Konflikt hineingezogen werden. Die humanitäre Hilfe kann nicht so schnell geleistet werden, wie der Bedarf steigt: Über 2,5 Millionen Menschen bedürfen unmittelbarer Unterstützung, es gibt rund 1,2 Millionen Binnenvertriebene und die Flüchtlingszahlen steigen weiter rapide an. (Quelle: Büro der Vereinten Nationen zur Koordinierung der humanitären Hilfe (UNOCHA), 17. August). Die bereits zugewiesenen Mittel (20 Mio. EUR an regulären Mitteln sowie weitere 20 Mio. EUR aus der Aufstockung) sind eine eher maßvolle Reaktion auf die sich ausbreitende Krise. Sie werden für den vom jetzigen Zeitraum bis zum Jahresende abzusehenden Bedarf nicht ausreichen. Für eine angemessene Reaktion auf die Notlage der Syrer sind daher unbedingt weitere Mittel erforderlich. Außerdem ist es von größter Wichtigkeit, dass für den in der Region zu erwartenden Flüchtlingszustrom entsprechende Begleitmaßnahmen getroffen werden. Nach der Bedarfsberechnung sind so schnell wie möglich weitere 50 Mio. EUR bereitzustellen.

Pakistan: Pakistan hat derzeit mit zwei schlimmen humanitären Notsituationen zu kämpfen. Die eine geht auf den anhaltenden Konflikt im Norden Pakistans zurück, wo die militärischen Operationen in den letzten 6 Monaten überhand genommen und viele Menschen zur Flucht getrieben haben. Am 5. August 2012 betrug die Zahl der Vertriebenen im Norden über 741 000. Eine weitere Krise hat ihren Ursprung in den Überschwemmungen, die den Süden des Landes bereits seit zwei Jahren heimsuchen und zu unsicherer Nahrungsmittelversorgung und Unterernährung führen. Laut der im September 2011 durchgeführten landesweiten Erhebung zur Ernährungssituation ist die Versorgungslage der Menschen im Sindh am schlechtesten; dort sind beinahe 72 % der Bevölkerung (5,8 Millionen Menschen) von unsicherer Nahrungsmittelversorgung betroffen. Mit dem derzeitigen Hilfevolumen aus dem EU-Haushalt (55 Mio. EUR) sind kontinuierliche Hilfsmaßnahmen für beide Krisen bis zum Ende des Jahres nicht möglich. Es werden weitere 15 Mio. EUR benötigt, um den Bedarf an Nahrungsmitteln, Schutzmaßnahmen, Trinkwasser, sanitären Einrichtungen, Hygieneartikeln, Unterkünften,

Gesundheitsleistungen und Nahrungsergänzungsmitteln im Norden sowie an Nahrungs- und Nahrungsergänzungsmitteln im Süden decken zu können.

Horn von Afrika: Die Dürrekatastrophe am Horn von Afrika in den Jahren 2010/2011 verursachte 2011 eine Hungersnot, die sich zu einer der weltweit größten humanitären Krisen auswuchs. Dank massiver internationaler Hilfe und nunmehr ergiebigeren Regenfällen hat sich die Lage etwas gebessert. Doch am Horn herrscht noch immer eine sehr prekäre humanitäre Situation (13 Millionen Betroffene). Derzeit erfordert die Situation von 9,1 Millionen Menschen, die sich von der Krise im letzten Jahr noch nicht erholt haben, humanitäre Hilfsmaßnahmen. Gründe für die nach wie vor unsichere Nahrungsmittelversorgung und anhaltende Unterernährung sind ausbleibende Regenzeiten und die anhaltende Trockenheit, aber auch andere Faktoren wie geringe Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung, Klimawandel, chronische Armut, demografische Entwicklungen, Strukturschwächen, unzureichende Infrastruktur, Marktversagen sowie vor allem der langwierige Konflikt in Somalia und hohe Lebensmittelpreise. Zwar hat die letzte Regenzeit bessere Ernten erbracht, doch führten späte und unregelmäßige Regenfälle in einigen Gebieten dieses Jahr erneut zu einer unsicheren Versorgungslage. Die humanitären Hilfsorganisationen müssen ihre extensiven Hilfeleistungen aufrechterhalten und u. a. Soforthilfemaßnahmen, Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge sowie Schutz- und Wiederaufbaumaßnahmen durchführen. Zu den Herausforderungen zählen: zunehmende Unterernährung, anhaltend unsichere Nahrungsmittelversorgung, Trinkwasserknappheit und anhaltende Flüchtlings- und Binnenvertriebenenströme. Die EU hat das Horn von Afrika im Jahr 2011 mit 181 Mio. EUR unterstützt. Im Jahr 2012 wurden ursprünglich 102 Mio. EUR angesetzt; dazu kamen 22 Mio. EUR aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (Initiative SHARE - Supporting Horn of Africa Resilience) und weitere 8 Mio. EUR durch Inanspruchnahme der operativen Reserve innerhalb der Haushaltslinie für humanitäre Hilfe. Angesichts der anhaltenden humanitären Notlage ist davon auszugehen, dass zur Deckung des Bedarfs der kommenden Monate weitere 30 Mio. EUR erforderlich sein werden.

Das Ausmaß dieser Katastrophen sprengt den Rahmen der operativen Reserve, und es müssen angesichts der vielen Katastrophen, die im zweiten Halbjahr 2012 noch eintreten können, in angemessenem Umfang Mittel für weitere Interventionen verfügbar bleiben.

Daher sind die Mittel für Verpflichtungen um weitere 95 Mio. EUR aufzustocken: um 80 Mio. EUR bei der Haushaltslinie für humanitäre Hilfe (23 02 01) und um 15 Mio. EUR bei der Haushaltslinie für Nahrungsmittelhilfe (23 02 02).

Für Mittel für Zahlungen werden 64 Mio. EUR beantragt. Zu diesem Zeitpunkt des Jahres nehmen die Mittel für Zahlungen der Haushaltslinien für humanitäre Hilfe rapide ab, und die Kommission muss infolge der letzten Mittelaufstockung (Mittelübertragung DEC 21)¹, bei der Mittel für Zahlungen im Betrag von 40 Mio. EUR beantragt wurden, 64 Mio. EUR ausbezahlen und die Vorfinanzierung (normalerweise 80 %) für die mit der vorliegenden Mittelübertragung abgedeckten Maßnahmen leisten. Mit einem geringeren Volumen an Mitteln für Zahlungen stünde zu befürchten, dass die Haushaltsmittel nicht ausreichen, um die finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Soforthilfereserve wurde bereits im Umfang von insgesamt 84 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen in Anspruch genommen, um auf die Nahrungsmittelkrise in der Sahelzone zu reagieren und den Bedarf in Sudan, Südsudan, Syrien und Jemen zu decken.

Nach Prüfung sämtlicher Möglichkeiten für die Umwidmung von Mitteln innerhalb der Rubrik 4 schlägt die Kommission vor, den neuen Bedarf durch folgende Übertragungen zu decken:

15,3614 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen durch Umschichtung innerhalb der Rubrik 4;

79,6386 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 64 Mio. EUR an Mitteln für Zahlungen aus der Soforthilfereserve.

Eine genaue Beschreibung des Kontexts und der geplanten Mittelverwendung findet sich in den Anhängen 1, 2 und 3.

¹ Aufstockung der Mittel für Verpflichtungen um 80 Mio. EUR im Juli für die Krisen in Sudan, Südsudan, Syrien und Jemen.

I. AUFSTOCKUNG

I.A

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

23 02 01 – Humanitäre Hilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 3.8.2012)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprüngl. Ansatz + BH)	553 261 000	518 574 685
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Übertragungen	80 000 000	35 000 000
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	633 261 000	553 574 685
4. Inanspruchnahme dieser Mittel	627 528 264	378 372 743
5. Nicht verwendete/verfügbare Mittel (3-4)	5 732 736	175 201 942
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	85 732 736	227 201 942
7. Beantragte Aufstockung	80 000 000	52 000 000
8. In % der ursprünglichen Haushaltsmittel (7/1A)	14,46 %	10,03 %
9. Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c der HO, berechnet gemäß Artikel 17a der DB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	449 190	188 817
2. Verfügbare Mittel am 3.8.2012	403 844	33
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	10,10 %	99,98 %

d) Begründung

Siehe Einleitung.

I.Ba) Bezeichnung der Haushaltslinie**23 02 02 – Nahrungsmittelhilfe**b) Zahlenangaben (Stand: 3.8.2012)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprüngl. Ansatz + BH)	251 580 000	230 602 367
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Übertragungen	65 000 000	5 000 000
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	316 580 000	235 602 367
4. Inanspruchnahme dieser Mittel	282 383 740	203 655 523
5. Nicht verwendete/verfügbare Mittel (3-4)	34 196 260	31 946 844
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	49 196 260	43 946 844
7. Beantragte Aufstockung	15 000 000	12 000 000
8. In % der ursprünglichen Haushaltsmittel (7/1A)	5,96 %	5,20 %
9. Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c der HO, berechnet gemäß Artikel 17a der DB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	392 627	0
2. Verfügbare Mittel am 3.8.2012	371 556	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	5,37 %	entfällt

d) Begründung

Siehe Einleitung.

II. ENTNAHME

II.A

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

19 08 01 01 – Finanzielle Zusammenarbeit mit Mittelmeerländern im Rahmen der Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik

b) Zahlenangaben (Stand: 16.8.2012)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprüngl. Ansatz + BH)	1 243 861 010	671 552 312
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Übertragungen	0	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	1 243 861 010	671 552 312
4. Inanspruchnahme dieser Mittel	680 062 378	118 177 724
5. Nicht verwendete/verfügbare Mittel (3-4)	563 798 632	553 374 588
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	552 437 232	553 374 588
7. Beantragte Entnahme	11 361 400	0
8. In % der ursprünglichen Haushaltsmittel (7/1A)	0,91 %	0,00 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c der HO, berechnet gemäß Artikel 17a der DB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	20 266 463	17 122 700
2. Verfügbare Mittel am 16.8.2012	11 361 400	7 893 688
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	43,94 %	53,90 %

d) Begründung

In die Haushaltslinie für finanzielle Zusammenarbeit mit Mittelmeerländern im Rahmen der Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik wurden Einziehungserträge (C5-Mittel) im Betrag von 11 361 400 EUR eingesetzt, die dem nicht in Anspruch genommenen Anteil der Mittel der Risikokapitalfazilität "Upgrading Egyptian Enterprises III" (Unterstützung der Qualifizierung ägyptischer Unternehmen) entsprechen.

Da diese Einziehungsbeträge im Jahr 2012 eingesetzt werden, kann der entsprechende Betrag an C1-Mitteln entnommen werden, um den gestiegenen Bedarf an humanitärer Hilfe in Syrien und am Horn von Afrika zu finanzieren.

II.B

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

23 03 06 – Katastrophenschutz-Einsätze in Drittländern

b) Zahlenangaben (Stand: 16.8.2012)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprüngl. Ansatz + BH)	4 000 000	3 818 236
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	104 000	99 274
2. Übertragungen	0	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	4 104 000	3 917 510
4. Inanspruchnahme dieser Mittel	74 794	196 151
5. Nicht verwendete/verfügbare Mittel (3-4)	4 029 206	3 721 359
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	29 206	3 721 359
7. Beantragte Entnahme	4 000 000	0
8. In % der ursprünglichen Haushaltsmittel (7/1A)	100,00 %	0,00 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c der HO, berechnet gemäß Artikel 17a der DB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	2 794 654	1 949 026
2. Verfügbare Mittel am 16.8.2012	38 737	1 390 004
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	98,61 %	28,68 %

d) Begründung

Die Kommission hat bei ihrer Halbzeitbewertung der Mittel der Haushaltslinien für Katastrophenschutz im Verhältnis zu den Prognosen bis zum Jahresende einen Mittelüberhang von 4 Mio. EUR ermittelt. Die zweckgebundenen Einnahmen aus 2012 werden ausreichen, um den Bedarf bis zum Jahresende zu decken, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass das Unionsverfahren für den Katastrophenschutz in den ersten sieben Monaten des Jahres weniger häufig in Anspruch genommen wurde als befürchtet.

II.C

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

40 02 42 – Soforthilfereserve

b) Zahlenangaben (Stand: 3.8.2012)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprüngl. Ansatz + BH)	258 937 000	90 000 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Übertragungen	-84 024 000	-10 300 000
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	174 913 000	79 700 000
4. Inanspruchnahme dieser Mittel	0	0
5. Nicht verwendete/verfügbare Mittel (3-4)	174 913 000	79 700 000
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	95 274 400	15 700 000
7. Beantragte Entnahme	79 638 600	64 000 000
8. In % der ursprünglichen Haushaltsmittel (7/1A)	30,76 %	71,11 %
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c der HO, berechnet gemäß Artikel 17a der DB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0	0
2. Verfügbare Mittel am 3.8.2012	0	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt	entfällt

d) Begründung

Die Soforthilfereserve soll eine rasche Reaktion auf einen unvorhergesehenen spezifischen Unterstützungsbedarf in Drittländern ermöglichen, der bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht berücksichtigt werden konnte. Dabei geht es in erster Linie um humanitäre Maßnahmen, aber auch um Krisenmanagement und Schutzmaßnahmen, wenn dies aufgrund der Umstände erforderlich ist (Nummer 25 der am 17. Mai 2006 unterzeichneten interinstitutionellen Vereinbarung).

Es wird beantragt, aus der Soforthilfereserve Mittel für Verpflichtungen im Umfang von 79,6386 Mio. EUR und Mittel für Zahlungen in Höhe von 64 Mio. EUR zu übertragen.

SYRIA AND SYRIAN REFUGEES IN NEIGHBOURING COUNTRIES

Key financial information	
Previous year: total amount in 2011	EUR 0
Amount in the World Wide Decision 2012	EUR 0
Additional (already approved) credits from the Operational Reserve of which:	EUR 40 million
Humanitarian Implementation Plan (revision)	EUR 10 million
Emergency Decisions	EUR 10 million
Budget Reinforcement July (Emergency Aid Reserve and repriorisation External actions)	EUR 20 million
Other EU Funding (Development cooperation, etc.)	EUR 23 million Special measure for Syria and Syrian refugees
Other donors	Syria and Syrian refugees in neighbouring countries: USD 107 million in 2012 (source United Nations Office for Coordination of Humanitarian Affairs (UN OCHA): Central Emergency Response Fund, United States, Commission, Denmark, Australia)

Additional needs	
Total needs	EUR 50 million
When are the credits needed	September 2012
Breakdown by country (if applicable)	Unless the access situation changes dramatically the bulk of funding should go inside Syria, with the rest dedicated to neighbouring countries.
Financed from	Emergency Aid Reserve and reprioritisation in External Actions

Why do we need additional funding? (what is new?)**Humanitarian Needs**

The humanitarian situation in Syria continues to deteriorate and humanitarian needs, both in Syria and neighbouring countries (Lebanon, Jordan, Turkey and Iraq) have rapidly increased.

Violence has intensified, fighting has continued to spread and it is reasonable to fear that the situation might develop into a sectarian conflict. On 15 July the International Committee of the Red Cross (ICRC) indicated that it now considers hostilities in Syria a civil war, meaning that International Humanitarian Law applies throughout the country.

Furthermore, local infrastructure and services (in particular the Syrian health system, but also the provision of electricity, water and sanitation) have been seriously disrupted, generating even more complex needs. Palestinian refugees are becoming increasingly vulnerable and started to be drawn into the conflict.

Despite the escalation of fighting and access concerns, humanitarian assistance is steadily scaling up and is now being mobilised and implemented. The Government of Syria (GoS) has by and large delivered on its commitment to facilitate humanitarian aid (made in June at the 3rd Syria Humanitarian Forum) and the Syrian Arab Red Crescent (SARC) has granted formal approval to eight additional International Non-Governmental Organisations (INGOs) to work in Syria, expanding the number of possible implementing partners in the country (namely Action Contre La Faim, Première Urgence, Danish Refugee Council, International Medical Corps, Help, Institut Européen de Coopération et de Développement (IECD), SIF, Terres des Hommes - Italy).

This represents a good step forward but is certainly not sufficient as additional humanitarian aid is outpaced by the speed with which new needs emerge: more than 2.5 million people need immediate assistance, around 1.2 million people are internally displaced. Refugee numbers have rapidly increased to over 170 166 as of 16 August with an average of 700 to 1 000 Syrians leaving every day. (source: United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), 17 August).

Neighbouring countries have generously received this influx of refugees, but additional support is already required to ensure that the needs of fleeing Syrians and host communities are met and contingency planning and scale up are possible.

Humanitarian Financing

As of end July, only 21% of the Syrian Humanitarian Response Plan and 26% of the Regional Refugee Response plan are financed even though their need estimates are outdated (the Humanitarian Response Plan dates from March) or very conservative (the maximum number of refugees under the Refugee Response plan is limited to 185 000 and will, at current rates of 700-1 000 new refugees per day, be reached by September/October. Turkey has already spent more funds (USD 200 million) on refugees than are required under the entire Refugee Response Plan of USD 193 million). In addition, both the ICRC and the International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC) have recently revised their appeals. The total current funding shortfall (UN and Red Cross/Crescent) is estimated at EUR 289 million.

Conclusion

The Commission has so far received requests worth more than EUR 40 million, for which no funding is available and additional needs are likely to emerge between now and the end of the year. Therefore, an extra EUR 50 million from the EU Budget are requested for the Syria crisis.

The underlying assumption is that the crisis will continue to create humanitarian needs at about the current level, i.e. it is based on a rather conservative scenario. Should the crisis deepen and widen further – for instance, into an inter-regional conflict – the Commission would have to make an additional request for funds in the autumn.

Extra funding is crucial to adequately respond to the needs for Syria now and in the near future, as no political solution is likely to be found anytime soon. Even if the situation in Syria becomes so difficult from a security point of view that delivery of assistance in the country would be rendered impossible, additional funding will be indispensable to assist a consequent massive influx of refugees in the region.

What for?

Inside Syria and neighbouring countries, the additional funding will allow addressing the increased needs, inter alia, in terms of medical emergency response, protection, food and nutritional items, water, sanitation and hygiene (WASH), shelter and psychosocial support for Syrian Internally Displaced Persons (IDPs), Syrian refugees and host communities. It will also permit to cover needs and mitigate vulnerability of Palestinian refugees.

Furthermore, extra funding will consent the enlarging of the humanitarian footprint and the presence of implementing partners, supporting capacity building of the existing and new INGOs which have received approval from the GoS and SARC to work in Syria.

Other relevant information

Lifesaving needs in Syria

In Syria, emergency health care is a priority and treating and evacuating the wounded are crucial actions. Growing numbers of civilians are leaving their homes in an attempt to escape from violence: they need urgent assistance and protection as well as hosting communities whose vulnerability is worsening. Local resources are stretched and the access to basic services is restricted with consequent rising demands for WASH.

Risk of destabilization of precarious equilibria in the region

In neighbouring countries (Jordan, Lebanon, Turkey and Iraq), the Syrian crisis acts as a destabilizing factor mainly in Lebanon and Jordan. The continuous influx of Syrians is increasing the burden on the host communities and is likely to fuel tensions.

Progress in the scaling-up the humanitarian assistance

Despite deteriorating security, implementing partners are scaling-up assistance and the latest reports from OCHA and ICRC highlight increasing aid recipient numbers. The World Food Programme (WFP) has distributed food to 500 000 people in June and has been requested by SARC to expand food aid to 1.5 million people from their current target of 850 000. The United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) has received a go-ahead to extend cash assistance in Syria and the United Nations Children's Fund (UNICEF) is scaling up food and non-food assistance for 150 000 IDPs, planning to vaccinate 1.1 million people. The organisation is also looking at water, hygiene and sanitation rising demands and is planning to reach 15 000 beneficiaries. ICRC is currently distributing around 20 000 food parcels a month in Syria, has supported more than 400 000 persons and is negotiating with the GoS for further access to detention facilities.

Timeline for the use of the additional funding

Additional funding is to be used as soon as it becomes available. The continuous establishment of a project pipeline is facilitated through four Commission's field experts as well as weekly dialogue with the main humanitarian partners at Head Quarter's level.

Overview of existing and planned assistance

The joint humanitarian aid EU effort as encoded in the Commission's database: Emergency and Disaster Response Information System (Edris), which covers the EU Budget and Member States (MS), amounts to EUR 67.9 million and is detailed below.

COMMISSSTION AND EU MEMBER STATES CONTRIBUTIONS TO SYRIA AND THE SYRIAN REFUGEE CRISIS IN 2012 18/07/2012	
<u>Donor</u>	<u>Contributions input in EDRIS²</u>
Austria	EUR 280 000
Belgium	EUR 2 000 000
Czech Republic	EUR 257 232
Denmark	EUR 2 999 579
EU Budget	EUR 40 000 000
Estonia	EUR 100 000
Finland	EUR 1 300 000
France	EU 2 658 000
Germany	EUR 6 605 096
Greece	EUR 50 000
Hungary	EUR 46 756
Ireland	EUR 500 000
Luxembourg	EUR 500 000
Netherlands	EUR 3 000 000
Poland	EUR 352 568
Spain	EUR 405 852
Sweden	EUR 3 757 680
United Kingdom	EUR 2 392 917
Total	EUR 67 999 139

² EDRIS – European Disaster Response Information System

HORN OF AFRICA

Key financial information	
Previous year: total amount in 2011	EUR 182 million
Amount in the Humanitarian Implementation Plan (HIP) 2012	EUR 102 million
Additional (already approved) credits of which:	
European Development Fund Reinforcement	EUR 22 million (Supporting the Horn of Africa Resilience (SHARE))
HIP Revision	
Operational Reserve	EUR 8 million
Emergency Decisions	
Additional credit from the EAR	
Other EU funding (Development cooperation, etc.)	EUR 1,383 million (2008/2013)
Other donors (Financial Tracking Service)	EUR 224.6 million (EU Member States) USD 495.36 million (United States of America) EUR 963.99 million (Others)

Additional needs (as of 19 July 2012)	
Total needs	EUR 30 million
Breakdown by country (if applicable):	Now
- Ethiopia/Somalia	EUR 30 million
- <i>Humanitarian Aid</i>	<i>EUR 15 million</i>
- <i>Food Aid</i>	<i>EUR 15 million</i>
Financed from	EAR and redeployment within Heading 4

Why do we need additional funding? (what is new?)

A drought hit the Horn of Africa (HoA) in 2010/2011 leading to the biggest humanitarian crisis in the world (13 million people affected: 5 million in Ethiopia, 3.7 million in Somalia and 4.3 million in Kenya). People have still not recovered. The food insecurity and malnutrition is caused not only by the failed rainy seasons, but also to the high degree of vulnerability, structural weaknesses, conflict in Somalia and high prices of food commodities.

Although the last rainy season (end 2011) lead to some good harvests, late and erratic rains in some areas are causing renewed food insecurity. Furthermore, the underlying problems have not been addressed. The level of preparedness to face possible humanitarian consequences and the early warning systems are better than in 2010/2011, but the humanitarian community has to continue supporting massively preparedness actions and be ready to respond to rising of malnutrition rates, water shortages and new influx of refugees and Internally Displaced Persons.

In Somalia, the April to June Gu rains in most southern parts of the country started late and were poorly distributed over space and time. As a result, the Gu season crop harvests will likely be delayed and below-average. This, coupled with the deteriorating humanitarian access and the still precarious nutrition status, is likely to see food security of poor, agro pastoral households deteriorate further to Emergency levels (Integrated Food Security Phase Classification - Phase 4). In addition, the evolving military and political situation is bringing new humanitarian needs notably following population displacements and military operations.

In Ethiopia, SNNPR region, southern Tigray, eastern Amhara, parts of central and eastern Oromia are of concern. Rainy season is very late, meaning that the growing season is considerably reduced. In some areas very poor harvests have been recorded. Household food insecurity and levels of malnutrition are increasing. Between February and March 2012, the average admissions of severely malnourished children per site at regional level are increasing. The food security situation is not likely to improve until the next harvest in November/December 2012.

Due to the deteriorating situation between the two Sudan states, the refugee flow from Sudan to Ethiopia is increasing. There is already concern about the 15 000 people refugees in Gambella who do not yet have the refugee status and who require urgent support. In Dollo Ado, the number of new arrivals from Somalia has increased to some 1 500 persons per week since early June and is expected to continue increasing. Moreover, clan clashes have been intensifying over scarce resources and have generated continuing internal displacements. There is a need to strengthen rapid response to these populations.

What for?

Prepositioning of stocks and disaster preparedness activities have to be reinforced; including boosting of current aid pipelines particularly needed in the last quarter of the year.

In parallel, additional support to livelihoods recovery (and resilience related initiative) should also be supported (in addition to SHARE EDF funding) as to avoid complete destitution of vulnerable people.

Partners already active in the region and necessary actions which could not or were partially funded under the HIP 2012 will be supported.

Emergency response focusing on nutrition, health, wash and food assistance and non-food items/shelters would be needed.

Other relevant information

Access in South-central Somalia as well as in some areas of Ethiopia is sharply restricted. The refugee situation is worsening (continued influx, deteriorating situation in the camps, new influx of Sudanese refugees in Ethiopia)

All major donors including the EU have committed themselves into a "Global Alliance for Action for Drought Resilience and Growth" in the Horn of Africa, which initiative can boost coordination and lead to more collective efficient action for resilience.

In March 2012, the Commission launched the SHARE initiative with a budget of EUR 271 million for the first phase (2012/2013) of which EUR 22 million from EDF resources have been allocated for humanitarian and food aid. This funding will increase the support to livelihoods recovery and alternative livelihoods promotion.

The May 2012 Foreign Affairs Council Conclusions on resilience in the HoA support Linking Relief Rehabilitation and Development and longer term solutions in the region.

Overview of existing and planned assistance

The joint humanitarian aid EU effort (EU and Member States as encoded in the Commission's database: Emergency and Disaster Response Information System (**Edris**), amounts to EUR 224 million and is detailed below:

COMMISSION AND EU MEMBER STATES CONTRIBUTIONS TO THE HORN OF AFRICA IN 2012 18/07/2012	
<u>Donor</u>	<u>Contributions input in EDRIS³</u>
Czech Republic	EUR 158 290
Denmark	EUR 10 203 038
EU	EUR 132 000 000
Estonia	EUR 70 000
Finland	EUR 11 050 000
Germany	EUR 11 638 320
Hungary	EUR 26 697
Ireland	EUR 2 000 000
Italy	EUR 2 542 000
Luxembourg	EUR 331 525
Netherlands	EUR 1 000 000
Sweden	EUR 15 716.292
United Kingdom	EUR 37 874 240
Total	EUR 224 610 402

³ EDRIS – European Disaster Response Information System

PAKISTAN

Key financial information	
Previous year: total amount in 2011	EUR 92.5 million
Amount in the World Wide Decision (WWD) 2012	EUR 35 million
Additional (already approved) credits from the Operational Reserve of which: Humanitarian Implementation Plan (new) Emergency Decisions Additional credits from the Emergency Aid Reserve	EUR 20 million
Other EU funding (Development Cooperation, etc.)	EUR 30 million from Food Security Thematic Programme (FSTP) for 2012
Other donors (Source United Nations Financial Tracking Service as of 16/07/2012)	(in USD) United States: 55 million, Central Emergency Response Fund: 26.8 million, United Kingdom: 13.9 million, Canada: 11 million, Norway: 10.7 million, Sweden: 8.4 million, Japan: 6 million, Denmark: 5.2 million, Switzerland: 1.6 million, Germany: 0.6 million, Czech Republic: 0.13 million. The European Commission remains the main donor with 75 million – 34.7 %.

Additional needs	
Total needs	EUR 15 million
When are the credits needed	Now
Breakdown by country (if applicable)	
Financed from	Mobilisation of the EAR and reprioritisation in External Actions.

Why do we need additional funding? (what is new?)

Pakistan is confronted by two major humanitarian crises at the same time:

- - One derives from the on-going conflict in the North of Pakistan with an escalation in the military operations over the last 6 months;
- - The other one derives from the two successive years of major flooding in the South of the country and the consequences in terms of food insecurity and malnutrition.

In addition, new potential needs might be triggered by new natural disasters during the 2012 monsoon season or new military operations.

1. Recent military operations in Khyber agency, part of the Federally Administered Tribal Areas (FATA), have caused the displacement of a large number of people. The influx of Internally Displaced People (IDPs) into Jalozai camp in Khyber Pakhtunkhwa (KP) began in mid-January and intensified in March due to increased security operations in Khyber agency. The renewed conflict has resulted in the displacement of over 361 000 individuals from FATA to KP in the last 6 months. As of 5 August 2012, more than 741 000 people are displaced in the North (including those displaced since 2007). Bearing in mind that people do not always register or are refused registration by the authorities, the actual figures may be higher. Displaced

families from Khyber Agency have been arriving at Jalozai camp (majority – in KP), Togh Serai in KP (Hangu in KP) and New Durrani camp (Kurram agency in FATA) for registration and to receive relief assistance since January-March. In June/July, on average, 1 200 individuals have been registered per day, while their number was 3 000 at the beginning of May and 10 000 in mid-March. 11 % of those displaced are living in three abovementioned camps (Jalozai, Togh Sarai and New Durrani) and 89% in host communities outside the camps.

Registered families (residing either inside or outside Jalozai camp) receive humanitarian assistance in the form of the United Nations High Commissioner for Refugees non-food items package, United Nations Children's Fund hygiene kits and World Food Program (WFP) monthly food rations. Families opting to reside inside Jalozai camp receive a comprehensive package of assistance including food, shelter, health, education and water, sanitation and hygiene (WASH) services. Those opting to stay off-camp also receive assistance mainly by the Non-Governmental Organisations' (NGOs) community.

Government authorities and humanitarian agencies expect the Khyber IDPs to remain displaced at least until the end of the year. Humanitarian partners are seeking funds to continue on-going relief activities for both IDPs and returnees in KP and FATA. The humanitarian caseload is increasing not only because of the influx of IDPs, but also because of the slower rate of returns than originally expected.

The crisis goes almost unnoticed, is rarely reported in the media and is largely underfunded (currently at only 45%). The severe underfunding has already triggered cuts in food rations. Without additional funding, there will be a disruption in the delivery of basic health and nutrition services and WASH services as from September, which may cause disease outbreaks. There is already a serious lack of shelter and non-food items (NFIs). The influx to the camps has resulted in part of the assistance which was originally designated for off-camp population being re-allocated for urgent needs in the camps. This is in particular true for protection activities.

A high proportion of the families displaced are women-headed households. Most of them have children and are being prioritised for registration, tent allocation and provision of humanitarian assistance.

2. The impact of the 2010 and 2011 floods in the Southern Province of Sindh has been particularly severe for an already very vulnerable population. The results of a National Nutrition Survey (NNS) launched in September 2011 show that Sindh has the highest proportion of food-insecure people in Pakistan, with almost 72% of the population suffering from food insecurity. The 2011 survey concludes that Sindh also has the highest levels of malnutrition in the country. The Global Acute Malnutrition (GAM) is at 17.5% amongst children under five years, well above the World Health Organisation (WHO) "critical" threshold of 15%. It is important to note that the Government of Pakistan has not endorsed the results of this Survey, denying the seriousness of the situation. The situation has worsened since the onset of the 2011 floods. Women and children who were already malnourished prior to the floods are now acutely malnourished.

The current response amounting to EUR 55 million does not allow for a sustained response to the IDP crisis in the North and an appropriate level of funding for the food security and nutrition gaps in the South until the end of the year.

With the monsoon season underway, it is probable that major flooding might occur again this year. Should it happen, it will add to the already extreme vulnerability of the people.

What for?

The additional EUR 15 million will be allocated to address existing needs in terms of food, protection, WASH, shelter, health and nutrition in the North (KP) and food and nutrition in the South (Sindh).

The aid will be contracted mostly in the form of cost extensions to existing operations with active partners on the ground to enable a sustained response to humanitarian needs for the most vulnerable.

The expectation is that most of the additional funding would be used in the North (KP). However, flexibility must be preserved to ensure quick reaction to changing events in order to allocate funds on the basis of needs and access if new floods occur during the monsoon season until the end of September.

The amount of EUR 15 million is based on the present humanitarian situation in the North. It does not take into account the foreseeable deterioration of the situation if more extensive military operations or new flooding occur.

Other relevant information

For the two major crises for which funding is requested, access is granted for the time-being and partners are already present and implementing projects, some of them with EU Budget funding. The idea would therefore be to increase the EU's contribution to some of the existing agreements and possibly to work with other partners if the quality of their proposals and interventions are suitable.

Pakistan humanitarian situation has remained unnoticed already for some time and can be considered as a forgotten crisis. It is particularly true for the conflict situation in the North of Pakistan which has been largely underfunded by most of the donors (except the Commission) since 2010. The EU is the largest humanitarian donor in Pakistan, covering some 35% of humanitarian funding for 2012. The recent displacement of over 360 000 people has not been covered in the media and has not triggered a large response in terms of funding. It may be linked to the attitude of the authorities which have refused launching an emergency appeal prepared by the United Nations (UN) or to donor fatigue.

Many donors have a more political counter terrorism agenda which is not always compatible with the humanitarian one. Both UN agencies and NGOs are struggling to meet the scale of the needs with the low level of response by donors. For example, WFP has stressed the importance of donors confirming their contributions now to avoid breaks in the delivery of assistance. If the Food Security Cluster is unable to meet the basic food needs of vulnerable families, food insecurity will likely increase and coping mechanisms will erode, trends which may further destabilize the fragile socio-political and security environment. The situation in the IDP camps is increasingly tense, also because of scarcity of resources.

It is assessed that the displacements are likely to continue in the months to come and that humanitarian assistance will be needed for almost 750 000 conflict-affected IDPs in the foreseeable future. As regards the conflict, the Federal authorities have refused to launch an emergency appeal. The UN Humanitarian Operation Plan (HOP) has reported a funding gap of USD 104 million to provide life-saving and essential services for the IDP crisis until the end of the year.

In terms of natural disasters, the 2011 floods that affected almost 5.8 million people in the South went quite unnoticed since, although at a large scale, they were not as massive as the 2010 floods which affected 20 million people. In February, the Government of Pakistan and humanitarian partners launched an Early Recovery Framework with projects to re-establish livelihoods and restore communities in areas affected by the 2011 floods. The Framework is only 12 % funded, leaving humanitarian partners with severe funding shortages as they seek to build people's resilience and break the cycle of flood and recovery.

Pakistan was discussed in the Council Working Party on Humanitarian and Food Aid of 10 July 2012. Member States expressed the need for a collective effort and further scaling up of support to Pakistan, to tackle in particular the deteriorating food security and nutrition situation in Sindh.